

Mitbestimmung – Mitwirkung – Bürger:innenbeteiligung – Partizipation ...

von Margot Reinig

„Das Bezirksamt muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu entwickelt das Bezirksamt geeignete Verfahren“ § 33 Bezirksverwaltungs-gesetz (BezVG).

Hamburg hat in diesem Paragraphen des BezVG ein **Muss** stehen (was durchaus nicht in allen Bundesländern der Fall ist), das ergibt eine gute Handhabe, um die Diskussion um wirkliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen voranzutreiben. Aufgrund dieses Gesetzes sollte man davon ausgehen, dass keine Schulen, Kitas, Spielplätze, Jugendzentren, aber auch Wohngebiete usw. in Hamburg gebaut werden, ohne eine solche Mitbestimmung. Leider sind wir davon noch weit entfernt. Das hat verschiedene Gründe:

1. Planen und Bauen ist in der Hand von Expert:innen. Diese haben in der Regel jahrelang studiert, um das notwendige Wissen zu erwerben. Sie sind in der aktuellen Architekturdebatte bewandert, kennen sich aus in Baustilen, Materialien, Vorschriften und Planungsrecht usw. und sind oftmals nicht gewillt, sich von „Lai:innen“ hereinreden zu lassen. Auch die behördlichen Vertreter:innen in diesem Bereich lassen sich ungern in den eingespielten und schon genügend komplizierten Abläufen und Vorgehensweisen innerhalb ihrer Strukturen stören. Dies ist ein vorhandener Konflikt, der viel zu wenig thematisiert wird. Es geht dabei nicht vorrangig um „falsches Bewusstsein“, sondern um systemimmanente Tatsachen. Von einer Diskussion auf Augenhöhe mit jungen Menschen kann objektiv nicht die Rede sein. Kinder und Jugendliche können in den üblichen zweistündigen bis zweitägigen Workshops unmöglich die Komplexität der Materie durchschauen und daher nur allgemeine Wünsche äußern. Diese werden dann im besten Fall „übersetzt“ und irgendwie eingeplant. Die Kinder und Jugendlichen nehmen nicht weiter an dem Prozess teil, lernen meistens die Ergebnisse nicht kennen und können nicht korrigierend eingreifen.

Um eine für alle Seiten gewinnbringende Mitbestimmung zu erreichen, muss also eine Qualifizierung der Beteiligten erfolgen. Dies ist mindestens mit einem Halbjahr wöchentlich anzusetzen, besser mehr. Das Bauvorhaben muss verstanden

werden, seine Bedingungen, seine Zielsetzung, seine Integration in die gesamte Stadtplanung, seine technischen und finanziellen Begrenzungen. Erst auf diesem Hintergrund lassen sich kreative und kinderfreundliche Lösungsansätze gemeinsam erarbeiten.

2. Ernsthafte Beteiligungsprozesse kosten Zeit und Geld. Beides ist in der Regel in den Bauprozessen in nur geringem Maße eingeplant. Bei der „Montag Stiftung Urbane Räume“ heißt der Beteiligungszeitraum „Phase Null“. (1) Das bedeutet, dass der Diskussionsprozess **vor** der konkreten Planung stattfindet. Wenn also eine Kommune, das Land oder der Bund ein Bauvorhaben, eine Quartiersentwicklung oder einen Grünflächenplanung ins Auge fassen, die Notwendigkeit erkannt und der grundsätzliche Beschluss gefasst ist, **dann** wird ein umfassender Diskussionsprozess mit allen Beteiligten in Gang gesetzt. Der räumliche, zeitliche und finanzielle Rahmen für das geplante Projekt ist bereits abgesteckt, aber es gibt keinerlei fertige Pläne. Die Anforderungen und konkreten Ausführungen werden in einem gemeinsamen Prozess festgelegt.

Das ist etwas anderes, als die meisten Plakate mit Aufrufen zur Bürger:innenbeteiligung ankündigen: nämlich einen kleinen Workshop über weitgehend vollständige und in Gremien bereits abgestimmte Planungsunterlagen. Hier wird in der Regel von den Kindern und Jugendlichen nach Bauchgefühl entschieden, ob das bereits Geplante gefällt oder nicht. Die Expert:innen erklären und reden, bis die Beteiligten die Planung entweder gutheißen oder meckend ihrer Wege gehen. Die Erwachsenen gründen dann manchmal sehr zum Verdruss der Planenden Gegeninitiativen, die Möglichkeit haben Kinder kaum. Die Chancen einer rechtzeitigen und ausführlichen gemeinsamen Beratung werden regelmäßig vertan. Die Montag-Stiftung setzt für die „Phase Null“ ein ganzes Jahr an! Interessant bei diesem Modell ist, dass eine Stiftung die Kosten übernimmt. Dafür verlangt sie im Gegenzug im Vorherein die schriftliche Zusicherung aller beteiligten Behörden und Planer:innen, dass die Ergebnisse dieses Planungsprozesses auch tatsächlich in die Umsetzung einfließen.

3. Jetzige Beteiligungsverfahren ziehen eine bestimmte Klientel an, es ist recht schwierig, tatsächlich (alle) Betroffene



Kinder- und Jugendsprechstunden mit der Bergedorfer Bezirksamtsleiterin

nen an den Tisch zu bekommen. Mit Plakaten und Aufrufen ist dies Problem nicht zu lösen. Da sich aber Kinder und Jugendliche zwangsweise in Institutionen befinden, gibt es hier einen Weg, sie zu erreichen. Es ist unabdingbar, sich in Kooperation mit Schulen und Kitas zu begeben, um auch die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die sich ihre außerschulischen Aktivitäten bereits anders organisiert haben. Dies bedeutet aber, sich an institutionelle Strukturen anzupassen und Angebote in Absprache mit Lehrer:innen und Erzieher:innen zu machen. Auch das ist ein nicht geringer Aufwand. Wünschenswert wäre es, dies an möglichst vielen Schulen und Kitas fest zu etablieren. Zum einen ist das Thema Architektur und Planung so gut wie nicht präsent und das wäre eine wirkliche Bereicherung des Lernkanons. Zum anderen würde Mitbestimmung im eigenen Wohnumfeld dadurch zu einer Selbstverständlichkeit für die Kinder und Jugendlichen und sie wären – positive Erfahrungen vorausgesetzt – auch als Erwachsene bereit, sich dafür zu engagieren. Dann hätte man nach einigen Jahren qualifizierte, motivierte und in solchen Prozessen erfahrene Bürger:innen!

Denn: „*Partizipation ist ein wesentlicher Grundpfeiler der Demokratie, indem junge Menschen das Gemeinwesen aktiv mitgestalten, mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen.*“ (2)

Studien zeigen, dass Bürger:innenbeteiligung das Planen und Bauen weder besser noch schlechter machen als reines Expert:innentum. (3) Was allerdings sehr viel besser wird, ist die Zufriedenheit der Bewohner:innen sowohl mit ihrem Wohnumfeld als auch mit der gesamten Demokratie. Das ist doch wahrlich aller Mühen wert!

Literatur:

- 1) Montag Stiftung Urbane Räume: Wichtige Begriffe aus Pädagogik und Architektur. Glossar. URL: <https://www.montagstiftungen.de/handlungsfelder/paedagogische-architektur/glossar> [6.5.2022]
- 2) Unterausschuss Beteiligung des JHA Altona (o. J.): Rahmenkonzept zur Ausgestaltung der künftigen Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk Altona. URL: <https://sitzungsdienst-altona.hamburg.de/bi/vo020.asp> [6.5.2022]
- 3) Bertelsmann Stiftung: Allianz Vielfältige Demokratie – Ergebnisse. Praxislösungen zur Gestaltung der vielfältigen Demokratie: URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten/ergebnisse-allianz-vielfaeltige-demokratie> [12.5.2022]

Foto: Christian Ganzer

Margot Reinig



hat sich 1980 mit dem Diplom in Pädagogik ein zweites berufliches Standbein geschaffen. Sie gründete das KLICK Kindermuseum in Hamburg, Osdorfer Born und leitet es seit der Eröffnung 2004. Sie begründete den Bundesverband deutscher Kinder- und Jugendmuseen mit, dessen Vorstandsvorsitzende sie seit 2015 ist.

Kinder- und Jugendsprechstunden mit der Bergedorfer Bezirksamtsleiterin

Das Konzept im Jahr 2022

von Regine Schilde

Als erster Bezirk in Hamburg bietet Bergedorf Kinder- und Jugendsprechstunden mit der Bezirksamtsleiterin an, die konzeptionell im regionalen Jugendhilfeausschuss und der Bezirksversammlung Bergedorf einvernehmliche Zustimmung fanden.

Viermal lädt die neue Bezirksamtsleiterin zu diesen Sprechstunden im Jahr 2022 ein, davon zweimal direkt in das Bergedorfer Rathaus und jeweils einmal zu einem Ortstermin. In

Den Kindern und Jugendlichen wird erklärt, wie viel Einfluss sie im Bezirk nehmen können.

diesen vier Sprechstunden werden unterschiedliche Altersgruppen und verschiedene Themen angesprochen, und nach Abschluss dieser Sprechstunden werden diese ausgewertet. Die Bilanzierung wird dem Jugendhilfeausschuss sowie der Bezirksversammlung Bergedorf vorgestellt, mit dem Ziel das gelungenste Format weiterzuführen (Bezirksdrucksache: 21-0763).

Grundlagen und Rahmenbedingungen

Die Grundlagen für das Konzept der Kinder- und Jugendsprechstunden sowie die spätere Auswertung finden sich in den Bergedorfer Qualitätsstandards zur Umsetzung von Partizipationsprojekten mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen